

Darmstadt links

Zeitung für eine soziale, ökologische und demokratische Stadt **DIE LINKE.**
Stadtverordnetenfraktion Darmstadt



INHALT

SEITE 2:

FACHKRÄFTEMANGEL IN DEN KITAS MAL KONKRET

DARMSTÄDTER KLIMASCHUTZPLAN: UNAMBITIONIERT UND PLANLOS

SEITE 3:

ERFOLG IN ARHEILGEN/WIXHAUSEN: WERTVOLLE ACKERFLÄCHEN BLEIBEN ERHALTEN
 INVESTORENBEGLÜCKUNG IM BÜRGERPARK

KEINE PREISERHÖHUNG DER STÄDTISCHEN BÄDER!

SEITE 4:

MIETANSTIEG STOPPEN BEIM BAUVEREIN!

STEIGENDE PREISE FÜR BUS UND BAHN: WER NICHT ZAHLEN KANN, MUSS FÜHLEN

Für sozialen Ausgleich in der Krise

Die Initiativen der Linksfraktion zum Haushalt für das Jahr 2023

In der Dezember-Stavo wurde der Haushalt für das kommende Jahr verabschiedet. Er weist ein Defizit von ca. 25 Mio Euro auf, das aber durch Rücklagen der vergangenen Jahre ausgeglichen werden kann. Außerdem plant der Kämmerer sehr vorsichtig, so dass das Minus meist geringer ausfällt als geplant. Aus unserer Sicht gab es also noch Spielraum für soziale Entlastungen.

Was gibt es Neues?

Erfreulicherweise werden die Erzieherinnen und Erzieher künftig nach einer höheren Entgeltgruppe bezahlt. Diese Aufwertung hatten wir seit dem großen Streik 2015 Jahr für Jahr erfolglos beantragt. In Folge des letzten Tarifabschlusses hat die Stadt diesen dringend notwendigen Schritt zu einer gerechteren Gehaltsstruktur nun endlich getan. Das kostet insgesamt etwa 8 Mio Euro, die gut angelegt sind für die Zukunft der Kinder (siehe Seite 2).

Bauverein und Klinikum erhalten eine Kapitalerhöhung von je 15 Mio Euro. Beim Bauverein soll sie zur Finanzierung der energetischen Sanierung eingesetzt werden. Wir erwarten jedoch auch, dass mit diesen öffentlichen Mitteln auch die sozialen Bedürfnisse der Mieterinnen und Mieter befriedigt werden, beispielsweise durch Zurückhaltung bei der Modernisierungsumlage.

Der Grund für den Kapitalbedarf des Klinikums ist sehr ärgerlich. Zum einen verweigert die schwarz-grüne Landesregierung seit Jahren die gesetzlich vorgesehene Beteiligung an der Krankenhausfinanzierung. Zusätzlich hat nun die rot-grün-gelbe Bundesregierung den besonderen Aufwand vieler Krankenhäuser wäh-

rend der Pandemie nicht ausreichend kompensiert. Wieder einmal werden finanzielle Lasten auf die Kommune abgewälzt – und zwar von genau den Parteien, die sich dann vor Ort darüber beklagen.

Auf der Einnahmenseite steht neuerdings mit einer Dreiviertelmillion Euro die Übernachtungssteuer. Der Magistrat hat das Besteuerungskonzept nach Kritik aus der Branche überarbeitet, so dass die Abwicklung einfacher für die Hotels ist. Dagegen ist nichts einzuwenden – ärgerlich ist aber, dass die Steuer mit der neuen Methodik 150.000 Euro weniger einbringen wird als anfangs geplant.

Was will DIE LINKE?

Mit genau diesen 150.000 Euro wollten wir die Zuschüsse für die freie Kultur an die Preisentwicklung anpassen, was aber abgelehnt wurde. Dieses Beispiel zeigt, dass mit etwas mehr Entschlossenheit bei Steuereinnahmen die Bedürfnisse der Stadtgesellschaft besser erfüllt werden könnten.

Heftig diskutiert wurde über unsere Initiative zur Einführung eines vergünstigten Kita-Essens: soll die Stadt in der Inflationskrise einen Beitrag zur Entlastung breiter Teile der Bevölkerung leisten, oder nur für diejenigen, die unmittelbar mit Armut zu kämpfen haben? Die Koalition will Vergünstigungen beschränken auf Haushalte, die gesetzliche Transferleistungen erhalten und dhaer eine Teilhabecard besitzen. Das hatte sie bereits bei der Erhöhung der Eintrittspreise in den Schwimmbädern deutlich gemacht (siehe S. 3). In der Krise stoßen aber auch Einkommenschichten, die keine Transferleistungen beziehen, an finanzielle Grenzen. Wir wollen,

dass auch diese berücksichtigt werden, und zwar ohne Antragstellung und Einkommensprüfung.

Unser Vorschlag war, das Kita-Essen kostenlos oder (für Eltern mit nur einem Kind) vergünstigt anzubieten. Dafür wollten wir 2,5 Mio Euro einplanen. Profitieren würden vor allem junge Familien, in denen die Eltern oft noch am Anfang des Berufslebens stehen und reduziert arbeiten, aber viele neue Ausgaben für ihren Nachwuchs haben. Außerdem hätte das die Perspektive geöffnet auf einen komplett kostenlosen Bildungsweg von der Krippe bis zum Studienabschluss. Die Mehrheit lehnte unseren Antrag leider ab.

Ganz allgemein sind die finanziellen Bedingungen für die meisten Städte und Gemeinden unbefriedigend. Es fehlt Geld, um ausreichend Personal gut zu bezahlen, um Tempo zu machen bei der Verkehrs- und Energiewende, um gute Bedingungen für die Bildung bieten und um für sozialen Ausgleich sorgen zu können. Deshalb fordert DIE LINKE eine Vermögenssteuer, die auch den Kommunen zugute kommt. Und: die 100.000.000.000 Euro, die die Bundesregierung für Aufrüstung mobilisiert hat, müssen für sozialen Frieden und ökologischen Fortschritt eingesetzt werden.

150.000 Euro Inflationsausgleich für die freie Kultur

2,5 Mio Euro für vergünstigtes oder kostenloses Kita-Essen



Uli Franke, Stadtverordneter

Fachkräftemangel in den Kitas mal konkret

Interview: Frau Plötz wo besteht in ihrer Einrichtung der Zusammenhang von Personal- und Fachkräftemangel?
Uschi Plötz leitet die selbstorganisierte Kinderbetreuungseinrichtung „Orte für Kinder“ und ist Vorstandsmitglied des Hausfrauenbunds. Sie ist stellvertretende Vorsitzende des Fachausschusses Kinderbetreuung und Familie



Bild gemalt von einem Kindergartenkind

Theoretisch müssten Reinigungs- Hauswirtschaftskräfte gerade im U 3 Bereich umfangreiche zusätzliche Arbeiten durchführen, wie Reinigung der Spielzeuge etc. Diese sind in der vorgegebenen tägl. Arbeitszeit von 1.5 Arbeitsstunden nicht zu schaffen. Deshalb müssen die Erzieher:innen diese Arbeiten übernehmen. Die Zeit fehlt dann bei der Arbeit mit den Kindern.

Und warum stocken Sie die Stunden für die Reinigungskräfte nicht auf?

Weil die Kommune den Kitas der freien Träger dafür nicht genügend Geld zur Verfügung stellt.

Wie zeigt sich der Fachkräftemangel weiterhin bei Ihnen?

Laut Kinderförderungsgesetz (KIFÖG) gibt es zwei Arten von Fachkräften. Das sind zum einen Erzieher:innen für die Gruppenleitung und dann die „Fachkräfte zur Mitarbeit“ die in den Kindergruppenarbeiten (z.B. Sozialassistent:innen).

Wenn nun eine Fachkraft, die eine Gruppe leitet, z.B. in Elternzeit geht, finde ich auf dem Arbeitsmarkt keinen Ersatz mehr, der Arbeitsmarkt ist leergefegt. Damit ich überhaupt Personal habe, stelle ich dann Fachkräfte zur Mitarbeit ein.

Und was ist die Konsequenz daraus?

Wenn eine Gruppenleitung wegen Krankheit, Urlaub oder Fortbildung ausfällt, übernehme ich selbst die Gruppenleitung, damit fällt dann die Leitungsfreistellung weg.

Selbst bei den Fachkräften zur Mitarbeit ist der Arbeitsmarkt leer. So finde ich in der Regel nur Studierende aus dem Fachbereich Sozialpädagogik. Dies entspricht zwar dem Gesetz, bringt aber Probleme mit sich. Inwiefern?

Die Studierenden können nur dann arbeiten, wenn sie nicht an die Hochschule müssen, und brauchen jedes Semester einen neuen Dienstplan. Sie können außerdem nur wenige Stunden arbeiten, so dass hohe

Fluktuationen entstehen, mit allen Nachteilen für die Beziehungsarbeit mit den Kindern. Auch die so wichtige Übergabe im Team kann kaum geleistet werden.

Der BEP (Bildungs- und Erziehungsplan von 0-10 Jahren) hat einen hohen Standard für die Qualität der pädagogischen Arbeit gesetzt. Kann er denn bei Ihnen umgesetzt werden?

Das ist schwierig. Aufgrund der geschilderten Situation müssen die leitenden Fachkräfte ständig neue Mitarbeiter:innen mit unterschiedlichen fachlichen Voraussetzungen einarbeiten. Dabei nimmt die Strukturierung des Kita-Alltags und der

Beziehungsaufbau zu den Kindern den größten Raum ein. Der im BEP formulierte frühkindliche Bildungsauftrag kann so nicht erfüllt werden, z.B. Bildungsanlässe durch fachliche Beobachtung wahrnehmen und aufgreifen, gezielte Förderung in einzelnen Entwicklungsbereichen, Wissen um Zusammenhänge in der Welt gemeinsam und kindgemäß mit den Kindern erarbeiten.

Welches Fazit ziehen Sie aus der momentanen Situation und welche Forderungen ergeben sich an Stadt und Land?

Anspruch und die Wirklichkeit in der pädagogischen Arbeit der Kitas passen nicht zusammen. Finanzielle Mittel müssen aufgestockt werden, und wir brauchen eine Imagekampagne, um den Erziehungsberuf aufzuwerten. Es sollten mehr „praxisintegrierte vergütete Ausbildungen“ (PivA) genehmigt werden. Und vor allem bei den kleineren Trägern, sollten die Anerkennungspraktika nicht auf den Personalschlüssel angerechnet werden.

Für faire Bedingungen an Kitas!

Darmstädter Klimaschutzplan: unambitioniert und planlos

Die menschengemachte Klimakrise kann nicht mehr geleugnet werden. Ursache sind Treibhausgase (THG), die beim Verbrennen von fossilen Energieträgern wie Erdgas oder Benzin entstehen. Mit dem vorliegenden Klimaschutzplan (KSP) wird die Stadt Darmstadt ihrer Verantwortung nicht gerecht. Darmstadt soll mit dem KSP bis 2035 THG-neutral werden. Hierfür wurde eine Bilanz der aktuellen THG-Emissionen auf- und Maßnahmen zu deren Reduktion zusammengestellt. Bereits für die Ausgangssituation werden Emissionen nicht einbezogen, die aus Landwirtschaft, Abfall und Abwasser stammen. Zusätzlich finden Emissionen, die durch Konsum der Darmstädter*innen sowie ansässiger Firmen außerhalb des Stadtgebietes verursacht werden, keine Berücksichtigung. Hierzu zählen auch die Herstellung von Kleidung oder Autos.

Noch im Jahr 2035 soll Erdgas verwendet werden. Dessen Verbrennung setzt Unmengen THG frei. Diese Emissionen finden zu keinem Zeitpunkt Eingang in die Bilanz. Grund sind sogenannte Kompensationen. Hierfür kauft der Energielieferant, z.B. die Entega, Zertifikate von Baumschutzprojekten u.a. in Brasilien. Dieses Vorgehen sowie die konkreten Baumschutzprojekte stehen in der Kritik von Umweltschutzorganisationen als auch der örtlichen indigenen Bevölkerung.



Bild von einer Klimademonstration

Das Ziel von einer Tonne THG pro Person im Jahr 2035 wird um vier Tonnen verfehlt. Mit diesem Hintergrund sind die bisher gesammelten Maßnahmen bereits jetzt unzureichend. Von 50 Maßnahmen konnten nur 27 hinsichtlich ihrer Reduktionswirkung bewertet werden. Von denen wird wiederum allein einer Maßnahme eine Reduktion der Hälfte der bilanzierten THG-Emissionen zugeschrieben; die dekarbonisierte Fernwärme. Wie diese Art der Fernwärme entsteht und wie die Verteilung an private und öffentliche Haushalte erfolgt, bleibt offen.

Durch unvollständige Bilanzierung und ungenügende Maßnahmen kann Darmstadt keine THG-Neutralität bis 2035 erreichen. Darmstadt braucht eine Politik, die sich der Notwendigkeiten des Klimaschutzes bewusst ist. Flächen dürfen nicht versiegelt und Straßen nicht gebaut werden. Der ÖPNV muss nochmal deutlich gestärkt und zum Nulltarif angeboten werden. Insbesondere Wohngebäude müssen saniert und Mieter*innen entlastet werden.

All das sind Schritte zur Klimaneutralität, sozialer Gerechtigkeit und Teilhabe.

Erfolg in Arheilgen/Wixhausen: wertvolle Ackerflächen bleiben erhalten

Die Arheilger*innen werden auch „Mucker“ genannt. Das Aufmucken übten sie zum ersten Mal im Jahr 1850, als sie sich gegen die Abberufung eines Pfarrvikars wehrten und tausend Arheilger*innen vor dem Darmstädter Schloß demonstrierten. Damals konnten die Mucker ihre Forderung nicht durchsetzen, dafür konnten sie aber im Jahr 2022 mit ihrem Aufmucken gegen die geplante Bebauung der Ackerflächen in Arheilgen-West und Wixhausen-Ost einen eindrucksvollen Erfolg erzielen: der Magistrat beschloss im Oktober die Einstellung der vorbereitenden Untersuchungen für die Gewerbegebiete.

Der Masterplan 2030+ entwarf für Darmstadt ein Wachstumsszenario mit 184.000 Einwohner*innen im Jahr 2035. Für das forcierte Wachstum sollten „Standorte und Flächen für produzierendes Gewerbe und Industrie in der Stadt mit Planungssicherheit vorgehalten und angeboten werden“. Dafür sollten im Osten



Transparent gegen die Bebauung des Bürgerparks

Wixhausens und im Westen Arheilgens insgesamt 230 Hektar Ackerflächen als „Potentialfläche“ für Gewerbegebiete ausgewiesen werden. Das passte den „Muckern“ natürlich nicht. Gegen diese Pläne machte die Interessengemeinschaft Arheilger Bürger (IGAB) mobil mit zahlreichen Aktionen und kleinen Demonstrationen, auch vor dem Stadtparlament.

Mehr als 4000 Bewohner*innen aus Arheilgen und Wixhausen unterstützen eine Petition gegen die Bebauungspläne. Wertvolle Ackerflächen, wichtig für die Nahrungsmittelversorgung vor Ort, und notwendig für die Kaltluftzufuhr in Darmstadts Norden, sollten unbedingt erhalten werden.

Zur Vorgeschichte: Im Oktober 2019 haben Grüne, CDU und UFFBASSE in der Stadtverordnetenversammlung 230 Hektar als Untersuchungsgebiet für die Gewerbegebiete in Arheilgen und Wixhausen ausgewiesen. In der Stadtverordneten-Debatte um das Gewerbegebiet war die Fraktion der LINKEN noch recht allein mit ihrer grundsätzlichen Kritik an diesem Ausbauprojekt und stimmte dagegen. UFFBASSE sah später seine Unterstützung als Fehler ein und auch die SPD sprach sich folgend gegen jede Bebauung der Ackerflächen aus.

Als der öffentliche Druck immer größer und zudem die Oberbürgermeisterwahlen immer näher rückten, gab die regierende Koalition von Grünen/CDU/Volt ihr Vorhaben auf und verzichteten nun auf die Bebauung der wertvollen Ackerflächen in Darmstadts Norden. Ein Erfolg mit „Mucker-power“!



Erhard Schleitzer, Mitglied der erweiterten Fraktion

Investorenbeglückung im Bürgerpark

Leider hat die Koalition, unterstützt von der FDP, im vergangenen Oktober den umstrittenen Bau einer exklusiven Wohnsiedlung „für Besserverdienende“ (Jochen Partsch) im Bürgerpark beschlossen. Der Bürgerinitiative „Pro Bürgerpark“ bleibt nun noch der juristische Weg, den wir linken Stadtverordneten gerne finanziell unterstützen.

Warum lehnt DIE LINKE diese Bebauung ab?

Koalition und FDP stimmen für die neue Luxus-Wohnsiedlung

Erstens sehen wir ein erhebliches Risiko einer erfolgreichen Lärmschutzklage der neuen Anwohnerinnen und Anwohner, so dass der Biergarten oder die Grillhütte am Ende nicht mehr wie bisher genutzt werden könnten.

Zweitens benötigt das am dichtesten besiedelte Viertel der Stadt mehr Erholungsraum in der direkten Umgebung. Der umzäunte Teich müsste für die öffentliche Nutzung zurückgewonnen werden anstatt ihn von neuem zu umzäunen und dauerhaft zu privatisieren.

Drittens wird an diesem sensiblen Ort Boden versiegelt und eine Kaltluftschneise zugestellt.

Kniffliger wäre die Entscheidung für uns gewesen, wenn an diesem schönen Platz rund um den See Mehrfamilienhäuser mit sozialem Wohnraum geplant wären. Doch dort, wo es besonders schön ist, kommt das natürlich nicht in Frage. Die Koalition übt sich lieber in Investorenbeglückung



Aktion gegen die Bebauung des Bürgerparks vor der Stavo

und gestattet dem Bauherren, sich von der üblichen Pflicht zum Bau von 45% geförderten Wohnungen freizukaufen. Die beschlossene Nutzung des neu geschaffenen Baulands geht also an den Bedürfnissen der großen Mehrheit der Darmstädterinnen und Darmstädter vorbei.

Die Bürgerinnen und Bürger haben bei der OB-Wahl im nächsten Jahr am 19. März die Möglichkeit, die Entscheidung von Grünen, CDU, Volt und FDP entsprechend zu kommentieren.



Uli Franke, Stadtverordneter

Keine Preiserhöhung der städtischen Bäder!

In der Stadtverordnetenversammlung am 20.10.2022 wurde die Preisanpassung zu den Eintrittskarten der städtischen Bäder entschieden. Da für unsere Fraktion klar war, dass wir bei den angestrebten Preiserhöhungen nicht mitgehen würden, gab es von uns ein klares „nein“ zu der Vorlage.

Der Stadtverordnetenfraktion Die Linke ist sich sehr bewusst, dass Energiepreise steigen und das zumindest Hallenbäder sehr energieintensiv sind. Dies kann und darf aber nicht zu Lasten der Menschen mit geringem Einkommen in unserer Stadt gehen.

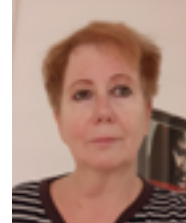


Gerade für ältere Menschen sind Hallenbäder eine wichtige Gesundheitsvorsorge um ihre Beweglichkeit zu erhalten. Vor allem Rentner*innen mit schmaler Rente sind von den Preiserhöhungen stark betroffen. Für Kinder wiederum kann es lebensrettend sein schwimmen zu können. Und das sollte nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig gemacht werden. Natürlich hilft die Teilhabecard, aber immer mehr Menschen kommen in finanzielle Not ohne ein Anrecht auf die Teilhabecard zu haben. Dies waren unsere Gründe gegen die Preiserhöhung zu stimmen.



Karl-Heinz Böck, Stadtverordneter

Maria Späh, Mitglied der erweiterten Fraktion



Maria Stockhaus, Stadtverordnete



Mietanstieg stoppen beim Bauverein!

Schon wieder ist der Mietspiegel stark angestiegen. Was tun?

Unsere Initiative zum neuen Mietspiegel

Der aktuelle Mietspiegel ist gegenüber dem vorigen extrem angestiegen, und zwar um 17%. Die Darmstädter Mieten sind demnach in den letzten vier Jahren um diesen Prozentsatz gewachsen, während die Löhne nur um mickrige 5% zugelegt haben. Der Mietanstieg schlägt also voll auf den Geldbeutel der Mieterinnen und Mieter durch. Mit dieser Entwicklung liegt Darmstadt auf unrühmliche Weise deutschlandweit an der Spitze.

Der neue Mietspiegel ermöglicht künftig weitere drastische Mieterhöhungen. Dies wird auch Haushalte mit mittlerem Einkommen an die finanziellen Grenzen bringen. Um die Mieten wirklich einzudämmen wäre ein allgemeiner Mietendeckel notwendig, den allerdings nur der Bundestag beschließen kann. Und die Löhne gerade der unteren Lohngruppen müssten deutlich steigen.

Die Stadt kann aber auch selbst Mietanstieg dämpfen: Der Bauverein könnte endlich darauf verzichten, den Mietspiegel auszureizen.

Die Grünen und die CDU behaupten, dass unser städtisches Unternehmen bereits niedrigere Mieten verlangt als andere Vermieter. Doch das stimmt nicht. Gerade einmal ein Viertel der frei finanzierten Wohnungen vermie-



tet der Bauverein deutlich unterhalb des Mietspiegels. Bei 40% der Wohnungen wird er ausgereizt, und mehr als ein Drittel der Wohnungen liegt sogar darüber. Für uns ist das völlig unbefriedigend. Deshalb haben wir in der Stavo die bescheidene Forderung aufgestellt, dass der Bauverein die Mieten in den kommenden vier Jahre unabhängig vom Haushaltseinkommen mindestens 5% unter dem neuen Mietspiegel belässt. Dennoch mögliche Mieterhöhungen wären auf 3% pro Jahr begrenzt. Bei Neuvermietung einer Wohnung soll er sich freiwillig nach dem Mietspiegel richten. Das würde nicht nur den ca. 15.000 Menschen helfen, die in einer frei fi-

nanzierten Bauvereins-Wohnung leben, sondern auch allen anderen Mieterinnen und Mietern in Darmstadt. Denn die Zurückhaltung des Bauvereins würde den nächsten Mietspiegel nach unten drücken.

Mehr bezahlbaren Wohnraum bei der Stadt!



Uli Franke, Stadtverordneter

Wer nicht zahlen kann, muss fühlen

Aktiv gegen die Preiserhöhung bei Bus und Bahn.

Zum 1. Januar 2022 erhöhte der RMV die Preise um durchschnittlich 1,5 Prozent. Zum 1. Juli 2022 nochmals um sogar 3,9 %. Die Tageskarte Darmstadt Mitte kostet nun 4,90 Euro (+6,5 Prozent) und in der Preisstufe 2 mit Eberstadt, Arheilgen, Kranichstein sogar 5,95 Euro (+7,2 Prozent). Fahrscheine, die nach Bedarf gekauft werden, verzeichnen einen fast doppelt so hohen Preisanstieg wie der RMV-Durchschnitt. Betroffen sind davon besonders Menschen mit geringem Einkommen.

Wir beantragten im Februar, dass die Stadt sich beim RMV gegen diese Tarifierhöhung stellt. Dies wurde durch die Koalition aus Grünen, CDU und Volt abgelehnt.

Gleichzeitig setzen HEAG mobilo und mobiBus in Zeiten extremer Preissteigerungen die Fahrausweisprüfung fort. Überwiegend werden dabei Menschen mit geringen Einkommen festgestellt. Dies kann zu

einer Strafanzeige führen, bis hin zu einer monatelangen Gefängnisstrafe. In 2021 gab es 151 Strafanzeigen. Das entspricht 20 % der Menschen, die ohne gültigen Fahrausweis angehalten wurden. Das ist Klassenjustiz und keine Gerechtigkeit. Das Fahren ohne gültigen Führerschein darf nicht länger als Straftatsbestand geführt werden. Dafür kämpft DIE LINKE.

Für eine sozialgerechte Verkehrswende!



Maria Stockhaus, Stadtverordnete

DIE LINKE.
Stadtverordnetenfraktion Darmstadt

ADRESSE

Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Landgraf-Philipps-Anlage 32 64283 Darmstadt
Telefon: 06 151-6 69 03 10
Telefax: 06 151-6 69 05 33
info@linksfraktion-darmstadt.de
www.linksfraktion-darmstadt.de
facebook.com/linksfraktion.darmstadt

BÜRGERSPRECHSTUNDE

Unsere Stadtverordneten laden Sie herzlich ein, Ihre Anliegen und Anregungen im persönlichen Gespräch vorzutragen.

Zur Vereinbarung eines Termins kontaktieren Sie uns telefonisch oder per Email.

ÖFFENTLICHE FRAKTIONSSITZUNGEN

Ort: LinksTreff Georg Fröba oder über Videokonferenz, mehr Informationen per Email

Nächste Termine:
16.01.2023
06.02.2023
06.03.2023
24.04.2023